

Schaab, Barbara	CDU
Wagner, Andreas	CDU
Woitge, Peter C.	CDU
Bauer, Norbert	SPD
Dr. Cornelius-Gaus, Hildegard	SPD
Schäfer, Alice	SPD
Siegl, Franz	SPD
Figaj, Thilo	GRÜNE
Vollmer, Thomas	FWG
Dr. Schepp, Rolf	FDP

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter	REP
Jojade, Jürgen	DIE LINKE

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

Ausschussvorsitzender:

Schneider, Gottfried	CDU
----------------------	-----

Ausschussmitglieder:

Jöst, Günther	CDU	in Vertretung für Joachim Kunkel
Dörr, Ilona	CDU	
Metzger, Gisela	CDU	
Roeder, Oliver	CDU	(ab zeitweise TOP 1)
Buschmann, Irma	SPD	in Vertretung für Gerhard Herbert
Fiedler, Josef	SPD	
Hartmann, Karin	SPD	
Kaltwasser, Jürgen	SPD	(bis zeitweise TOP 2)
Ruoff, Jochen	GRÜNE	
Dr. Greif, Martin	FWG	
von Hunnius, Roland	FDP	

Fraktionsvertreter mit beratender Stimme (§ 62 Abs. 4 HGO i.V. mit § 33 HKO):

Bitsch, Peter	REP	in Vertretung für Haymo Hoch
Jojade, Jürgen	DIE LINKE	

Fraktionsvorsitzende:

Hechler, Katrin	SPD
-----------------	-----

Kreisausschuss:

Wilkes, Matthias	CDU	Landrat (zu TOP 1)
Metz, Thomas	CDU	Erster Kreisbeigeordneter
Schneider, Otto	SPD	Kreisbeigeordneter
Fabian, Thomas	GRÜNE	Kreisbeigeordneter

Verwaltung:

Goliasch, Gerhard	Finanz- und Rechnungswesen
Medert, Martin	Finanz- und Rechnungswesen
Brück, Tobias	Finanz- und Rechnungswesen
Zubrod, Andreas	Finanz- und Rechnungswesen
Michel, Christina	Controlling

Bickelhaupt, Reinhold
Wieland, Thomas

ÖPNV
Bürgerservice und Presse, Vereine und Projektmanagement (zeitweise)

Gast:

Herr Heilmann

VRN, Mannheim (zu TOP 1)

Schriftführer:

Fasser, Helmut

Kreistagsbüro und Büro des Kreisausschusses

Der Vorsitzende des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur, Abgeordneter Alfons Haag, der im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, Abgeordnetem Gottfried Schneider, die Sitzungsleitung übernahm, eröffnete um 17:00 Uhr die 16-003. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur und des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses, begrüßte die Erschienenen, und stellte die Beschlussfähigkeit der beiden Ausschüsse fest.

Einwendungen gegen Ladung und Tagesordnung wurden nicht erhoben.

Sodann wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

Punkt 1:

**Gemeinsamer Antrag der SPD- und GRÜNE-Fraktion vom 08. Oktober 2009 zum Thema "Investieren statt Subventionieren - Für einen leistungsfähigen Schienennahverkehr" - vom Kreistag am 02.11.2009 an die Ausschüsse zur Beratung verwiesen -
Vorlage: 16-1559**

Abgeordneter Bauer begründete noch einmal den vom Kreistag an die Ausschüsse verwiesenen gemeinsamen Antrag. Zwischenzeitlich habe man sich von dem ehemaligen Geschäftsführer der Karlsruher Verkehrsunternehmen, Herrn Dieter Ludwig, das „Karlsruher Modell“ vorstellen lassen, das als weitere Alternative für einen künftigen Betrieb der Weschnitztalbahn als Schmalspurbahn (Gleis in Gleis; durch die OEG oder einen anderen Betreiber) mit Durchbindung nach Mannheim als Oberzentrum zur Diskussion gestellt werde. Aufgrund zwischenzeitlich vorliegender Informationen gehe man davon aus, dass sich ein solches Modell im Weschnitztal auf Dauer kostenneutral rechnen könne. In Anbetracht der anstehenden Ausschreibung von Schienennahverkehrsleistungen und der damit verbundenen langfristigen Bindungen sollte durch eine modifizierte Ausschreibung oder eventuelle Herausnahme der Weschnitztalbahn aus der Ausschreibung die Chance für ein zukunftsorientiertes Betriebskonzept genutzt werden.

Herr Heilmann vom Verkehrsverbund Rhein-Neckar erläuterte, unterstützt durch Powerpointprojektion, die Vorbereitungen zur Ausschreibung „Diesel Netz Südwest“. Angesichts hoher Investitions- und Fixkosten spreche mehr für ein großes Ausschreibungspaket bzw. Schienennetz als für das Herauslösen kleinerer Netze oder gar einzelner Strecken. Weschnitztalbahn und Nibelungenbahn profitierten preislich von einem Gesamt-

paket, weil erfahrungsgemäß die darin enthaltenen stärkeren Strecken die Preise nach unten drückten. Die Fahrplangestaltung der Weschnitztalbahn biete wegen deren Eingleichigkeit mit nur wenigen Begegnungspunkten kaum Alternativen. Eine Aufrüstung um ein Schmalspurgleis sowie die Anschaffung geeigneter Stadtbahnfahrzeuge bedeuteten Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe. Insoweit bezweifelte er die Auskömmlichkeit der in der Presse wiedergegebenen Aussagen zum einem möglichen OEG-Betrieb. Weitere Zweifel bestünden hinsichtlich der Möglichkeit einer Durchbindung nach Mannheim und der Schaffung der erforderlichen Infrastruktur für Stadtbahnbetrieb. Die Ausschreibung für das „Diesel Netz Südwest“ solle bis Ende Februar abgeschlossen sein. Mit einer Auftragsvergabe werde Ende 2010/Anfang 2011 gerechnet, mit einer Betriebsaufnahme 2014 und mit einer Laufzeit bis 2029 oder 2034.

Nach eingehender Aussprache und Diskussion fasste der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur auf der Grundlage eines von Fraktionsvorsitzendem Schneider unterbreiteten und mit Fraktionsvorsitzender Hechler abgesprochenen Vorschlages untenstehenden Beschluss. Die Federführung der Beratungen sollte nach Meinung von Abgeordnetem Schneider beim Kreisausschuss liegen. Im Hinblick auf die anstehende Ausschreibung könnten die Beratungen nur nicht öffentlich erfolgen.

Auf Bitte von Abgeordneter Hechler soll der Referent der jüngsten Informationsveranstaltung im Weschnitztal, Herr Dieter Ludwig, zu den Beratungen hinzugezogen werden (siehe auch Beschluss).

Sie regte ferner an, auch einen Vertreter der OEG Vorstellungen für einen möglichen Schmalspurbetrieb der Weschnitztalbahn erläutern zu lassen und auch die Verkehrskommission in die Beratungen einzubinden.

Darüber hinaus gab sie zu überlegen, ob nicht der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur und der Kreisausschuss mit der endgültigen Entscheidung betraut werden sollten, sollte es bei der Ausschreibung wie vorgesehen zum 1. März 2010, dem Tag der übernächsten Kreistagssitzung, bleiben.

Eine Verschiebung der Ausschreibung um wenige Tage durch den VRN wurde für grundsätzlich möglich erachtet, um letztlich eine Entscheidung des Kreistages auch noch am 1. März 2010 zu ermöglichen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

„Der Kreisausschuss wird unter Beteiligung des Ausschusses für Regionalpolitik und Infrastruktur beauftragt, den vorliegenden gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu prüfen und in das laufende Verfahren zur Ausschreibung der Verkehrsdienstleistungen durch den VRN aufzunehmen. Der von den Antragstellern benannten Verkehrsexperte Dieter Ludwig soll zu den Beratungen hinzugeladen werden.“

Haushaltsmittel werden hierzu im Vorgriff auf ein mögliches Ergebnis nicht bereitgestellt.

Über eine mögliche Umsetzung ist nach Vorlage alternativer Ausschreibungsergebnisse durch den Kreistag Beschluss zu fassen.“

- Produkt 5010 – Räumliche Planung und regionale Zusammenarbeit
Keine Kürzung der Ansätze bei den Positionen 13 und 15 vorgesehen.
- Produkt 5020 – Dorf- und Regionalentwicklung
Keine Kürzung des Ansatzes bei Position 13 vorgesehen.
- Produkt 5030 - Bauleitplanung
Keine Kürzung des Ansatzes bei Position 13 vorgesehen.
- Produkt 5040 – Geoinformationssystem (GIS)
Keine Kürzung des Ansatzes bei Position 13 vorgesehen.
- Produkt 5051 – Bauaufsicht, Baugenehmigung und Wohnbauförderung
Der Ansatz bei Position 13 wurde entsprechend der im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss bisher verfolgten Linie auf den Stand 2009 „eingefroren“ (45.750 € = minus 10.500 € gegenüber Entwurf)
- Produkt 5070 – Denkmalschutz
Der Ansatz für bei Position 13 wurde angesichts des Rechnungsergebnisses 2008 auf 10.000 € gekürzt. Die Notwendigkeit des von der Verwaltung angemeldeten Differenzbetrages von 7.375 € soll geprüft werden.

Geprüft werden soll im nächsten Jahr im Rahmen des Vertragsmanagements auch der unter Position 15 veranschlagte Zuschuss für allgemeine Maßnahmen der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes von 6.000 € (früher als Investitionskostenzuschuss geführt) der Museumsstraßengemeinden im Kreis.
- Produkt 5080 – Immissionsschutz und Schornsteinfegerwesen
Keine Kürzung des Ansatzes bei Position 13 vorgesehen.

Gegen die unterschiedlichen Aufsichtsebenen im Schornsteinfegerwesen (Fachaufsicht beim Kreis, Dienstaufsicht beim Regierungspräsidium) und die nicht gegebene Möglichkeit, für das fachaufsichtliche Tätigwerden Gebühren erheben zu können, soll im nächsten Jahr gemeinsam eine politische Initiative angestrengt werden.
- Produkt 5090 - Verwaltung der Kreisstraßen
Nachrichtlich: Die Kosten für die Nachrüstung der Neckarfähre (12.000 € Kreisanteil) werden aus dem Haushalt 2009 (Nachtrag) nach 2010 übertragen.

Keine Kürzung der Ansätze bei den Position 13 und 15 vorgesehen.

Im nächsten Jahr soll gemeinsam mit den kreisangehörigen Kommunen eine Überprüfung des Fortbestandes der seit etwa zehn Jahren bestehenden vertraglichen Regelung mit dem Land über die Betreuung der Kreisstraßen durch das Amt für Straßen und Verkehrswesen in Bensheim ins Auge gefasst werden.

Verwaltungsseits wurden die nicht zu unterschätzenden Synergieeffekte (Einsparung Mehrwertsteuer, grenzüberschreitender Winterdienst usw.) der derzeitigen Regelung für Kreis und Kommunen als für diese Regelung sprechend angeführt.

- Produkt 5100 – Öffentlicher Personennahverkehr

Nachrichtlich: Der Betriebskostenzuschuss für die Güterverkehrsstrecke Viernheim – Weinheim entfällt ab 2010.

Abgeordnete Hechler erklärte, dass, auch wenn in der Sitzung nicht besonders angesprochen, ihre Fraktion bei ihrer bisher vertretenen Meinung zu einem Draisinenbetrieb auf der Überwaldbahnstrecke bleibe.

Keine Kürzung der Ansätze bei den Position 13 und 15 vorgesehen.

- Produkt 5111 – Natur- und Artenschutz

Der Ansatz bei Position 13 wurde auf den Stand 2009 „eingefroren“ (43.460 € = minus 9.780 € gegenüber Entwurf).

Der Ansatz für einen Zuschuss für Bienenzucht (410 €) soll, korrespondierend mit dem gleich scheinenden Ansatz unter Produkt 5130, auf Doppelveranschlagung hin geprüft werden.

- Produkt 5130 – Landwirtschaft, Landschaftspflege und Forsten

Der Ansatz bei Position 13 wurde auf den Stand 2009 „eingefroren“ (24.850 € = minus 9.860 € gegenüber Entwurf).

- Produkt 5141 – Boden- und Gewässerschutz

Keine Kürzung des Ansatzes bei Position 13 vorgesehen.

- Produkt 5170 – Wirtschaftsförderung, Tourismus

Keine Kürzung des Ansatzes bei Position 15 vorgesehen.

Die Erhöhung der Zuwendung an die Standortmarketing Rhein-Main International GmbH von 20.000 € auf 40.000 € wurde kontrovers diskutiert. Abgeordneter Dr. Greif plädierte für gänzliche Streichung.

Der Erhöhungsbetrag von 20.000 € wurde mit einem durch den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss nach entsprechender Prüfung aufzuhebenden Sperrvermerk versehen.

Die beiden Ausschüsse fassten folgende **Beschlüsse**:

Zum Nachtragshaushalt 2009

Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur

Beschluss:

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur stimmt den in seine Zuständigkeit fallenden Entwürfen der Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalte 05 des Nachtragsplanes zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2009 unter Berücksichtigung der nach dem 28.09.2009 eingetretenen Änderungen (weiße Änderungsliste), zu und empfiehlt dem Kreistag, folgenden Beschluss zu fassen:

"Der Kreistag stimmt den vom Kreisausschuss festgestellten Entwürfen der Nachtragssatzung zur Haushaltssatzung und des Nachtragshaushaltsplanes zum Haushaltsplan für das Haushaltjahr 2009 unter Berücksichtigung der zwischenzeitlich eingetretenen Änderungen (rote Änderungsliste) zu und erlässt gemäß § 30 Ziffer 6 HKO in Verbindung mit § 52 Absatz 1 HKO und § 97 HGO die Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2009 entsprechend dem Entwurf vom 04.12.2009."

Abstimmungsergebnis:

7 Jastimmen, 1 Neinstimme, 4 Stimmenthaltungen

Der **Haupt-, Finanz- und Personalausschuss** fasste hierzu keinen Beschluss.

Zum Haushalt 2010:

Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur

Beschluss:

Der Ausschuss für Regionalpolitik und Infrastruktur stimmt den vom Kreisausschuss am 19.10.2009 festgestellten Entwürfen der in seine Zuständigkeit fallenden Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalte 05 für 2010 unter Berücksichtigung der heute beschlossenen Änderungen und Ergänzungen zu und empfiehlt dem Kreistag, hierüber im Rahmen des Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushaltsplanes 2010 zu beschließen und die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2010 zu erlassen. Ferner empfiehlt er dem Kreistag das Investitionsprogramm 2010-2013 festzustellen und das bis 2013 fortgeschriebene Haushaltskonsolidierungskonzept zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

7 Jastimmen, 1 Neinstimme, 4 Stimmenthaltungen.

